

Swissmem Halbjahres-Medienkonferenz vom 30. August 2022 in Zürich**Die Balance finden**

Referat von Martin Hirzel, Präsident Swissmem

Sehr geehrte Damen und Herren

Jahrzehntlang konnte sich die Bevölkerung in der Schweiz zu 100 Prozent auf eine sichere, unterbrechungs-freie Stromversorgung verlassen. Diese Versorgungssicherheit zählte auch zu den wichtigsten Standortvorteilen des Werkplatzes Schweiz. Sie ist eine Voraussetzung für die ständige Lieferbereitschaft der Industrie. Diese Qualität entpuppte sich während der Pandemie als veritable Trumpfkarte, weil die Industrie in der Schweiz im Gegensatz zu ihrer ausländischen Konkurrenz nie in den Lockdown gezwungen wurde. Der höhere Preis Schweizer Industrieprodukte war für viele Kunden kein Thema mehr.

Dieser Standortvorteil der Schweiz löst sich in diesen Wochen in Luft auf. Mit der Verknappung der russischen Gaslieferungen drohen im Winter Versorgungsunterbrüche beim Gas. Abgeleitet davon droht auch eine Strommangellage, weil die Schweiz im Winterhalbjahr auf Stromimporte angewiesen ist. Je nach Dauer einer solchen Mangellage wären die Konsequenzen für die Schweizer Industrie gravierend. Für ihre Produktionsprozesse ist die Industrie existenziell auf eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Sie geht dabei mit der Energie verantwortungsvoll um. Seit 1990 haben die Swissmem Mitgliedfirmen ihren Energieverbrauch um 40 Prozent reduziert – nota bene bei gleichzeitig massiv höherer Wertschöpfung. Aus klimapolitischen Gründen hat sie zudem Erdöl weitgehend durch Erdgas ersetzt. So hat sich der Anteil von Gas am gesamten Energieverbrauch von 16 Prozent auf 33 Prozent erhöht. Erdöl macht hingegen nur noch etwas über 3 Prozent aus. Der Anteil von Strom liegt bei 55 Prozent. Strom und Gas sind somit die mit Abstand wichtigsten Energieträger in der Schweizer Industrie. Ausgerechnet hier kumulieren sich nun die Probleme:

- An erster Stelle steht die Preisentwicklung. Am Spotmarkt ist der Preis für Strom bis zu zehn Mal höher als vor einem Jahr. Beim Gas hat er sich ebenfalls vervielfacht. Tendenz steigend. Gleichzeitig sind auch die Rohstoffpreise stark angestiegen. Die Firmen versuchen zwar, die höheren Kosten auf ihre Kunden zu überwälzen. Das ist kurzfristig und in diesem Ausmass oft nicht möglich. In der Konsequenz drücken diese Zusatzkosten auf die ohnehin knappen Margen in der Industrie. Unter dem Strich werden viele MEM-Firmen trotz guter Geschäftslage nicht viel verdienen. Für viele energieintensive Industriefirmen, die aktuell ihre Strombezugsverträge erneuern müssen, ist die Situation weit dramatischer. Das Preisniveau der gegenwärtigen Offerten ist so hoch, dass es unbezahlbar geworden ist. Sie müssten ihren Betrieb schliessen.
- Gravierend ist auch die Versorgungssituation. Falls es im Winter tatsächlich zu einer Mangellage bei Strom und Gas kommt, droht der Schweiz ein Verlust an industrieller Substanz. Nur ein Teil der Industrie ist in der Lage, mit einer flexiblen Produktionsplanung den Schaden in Grenzen zu halten. Betriebe, deren Produktionsprozesse hohe Temperaturen erfordern, sind hingegen zwingend auf eine unterbrechungsfreie Energieversorgung angewiesen. Falls diese wegfällt, müssten sie ihre Produktion komplett einstellen. Das wäre auch bei einer Kontingentierung oder stundenweisen Unterbrüchen unumgänglich. Diese Firmen und deren Arbeitsplätze wären in der Folge gefährdet.

Fazit: Im internationalen Wettbewerb wäre bei diesem Szenario die Schweizer Industrie nicht nur teuer, sondern auch noch unzuverlässig. Sie würde an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, was Firmen und Jobs gefährdet. Es droht eine Krise in der Industrie. Angesichts dessen ist klar: Eine Strom- oder Gasmangelange muss mit allen Mitteln verhindert werden.

Wege zur Vermeidung einer Mangellage

Noch haben wir die Chance, grösseren Schaden abzuwenden. Es ist erfreulich, dass der Bund nun doch in die Gänge gekommen ist und versucht, namhafte Reservekapazitäten für die Stromproduktion zu erschliessen. Diese könnten bereits im Spätwinter einsatzbereit sein. Darüber hinaus braucht es einen nationalen Schulterschluss zwischen Unternehmen, Verwaltung und der Bevölkerung. Swissmem schlägt folgende Massnahmen vor:

1. Wir müssen **ab sofort Energie sparen**. Das klingt banal, ist aber wirkungsvoll. Wenn schweizweit die Temperatur in allen Gebäuden um ein Grad reduziert wird, verringert sich der Gasverbrauch um fünf Prozent. Dies ist mittlerweile allgemein bekannt. Nun geht es darum, dass das Sparen tatsächlich stattfindet. Swissmem unterstützt deshalb die Energiesparkampagne des Bundes. Es geht hier um einen nationalen Effort. Alle müssen einen Beitrag leisten. Natürlich kommt es zu einer Komforteinbusse, wenn Wohnungen, Büros, Produktionshallen, Museen und Einkaufszentren nur noch bis maximal 19 Grad aufgeheizt werden. Diese temporäre Massnahme ist aber vertretbar, wenn dadurch Jobs gerettet werden können und unser Wohlstand erhalten bleibt.
2. Es braucht Lösungen, um die **Explosion beim Strompreis in den Griff** zu bekommen. Es kann nicht sein, dass gesunde Unternehmen wegen dieser in ihrer Ausprägung einmaligen Situation schliessen müssen. Ich rufe deshalb die Stromproduzenten auf, sich mit den industriellen Grossverbrauchern zusammzusetzen, um Lösungen zu finden.
3. Um die **Stromproduktion kurzfristig zu erhöhen**, braucht es Anreize für Besitzer von Reservekraftwerken und Notstromaggregaten. Genauso wichtig sind gezielte **Anreize auf der Nachfrageseite**. Es gilt energieintensive Firmen zu motivieren, auf ihren Stromverbrauch temporär zu verzichten und sie für diese Leistung zu entschädigen.
4. Swissmem schätzt, dass bis zu 20 Prozent des jährlichen Gasverbrauchs eingespart werden könnte, wenn **Zweistoffanlagen von Gas auf Erdöl wechseln**. Bisher haben das erst 20 Prozent der Betriebe mit Zweistoffanlagen getan. Ein wesentliches Hindernis beabsichtigt der Bundesrat zu beseitigen. Firmen, die bei einer Umstellung auf Erdöl ihre Zielvereinbarungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen nicht erfüllen können, sollen keine Nachteile erfahren. Das muss möglichst rasch erfolgen. Dies wird jedoch nicht genügen, um eine flächendeckende Umstellung zu erwirken, weil der Betrieb mit Heizöl mit Zusatzkosten verbunden sein kann. Es braucht weitere Massnahmen, wenn das gesamte Einsparpotenzial ausgeschöpft werden soll. Das könnten finanzielle Anreize sein, um die Kostenunterschiede zwischen Gas und Heizöl auszugleichen.
5. Industriefirmen, die technisch auf eine stabile, unterbruchfreie und dauerhafte Energieversorgung angewiesen sind, müssen von einer Kontingentierung ausgenommen werden.

Diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Wir dürfen es zudem nicht verpassen, für eine mittel- und langfristige sichere und nachhaltige Energieversorgung zu sorgen. Dabei sollten wir uns alle nicht-fossilen Optionen offenhalten. Technologieverbote darf es nicht geben. Es gilt die drei Dimensionen hohe Versorgungssicherheit, nachhaltige Energieerzeugung sowie wettbewerbsfähige Preise in eine gesunde Balance zu bringen. Dafür braucht es eine Adjustierung der Energiestrategie 2050. Sie ist keine Strategie,

sondern Wunschdenken. In Deutschland sehen wir zurzeit in aller Deutlichkeit, dass man nicht gleichzeitig aus fossilen und nuklearen Energieträgern aussteigen kann. Photovoltaik und Windenergie können die Lücken nicht füllen. Bei dieser Adjustierung braucht es ein pragmatisches, ideologiefreies Vorgehen.

Die Absicht des Bundes, bis 2025 zwei bis drei Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von bis zu 1000 Megawatt zu bauen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zudem braucht es dringend eine Straffung der Bewilligungsverfahren. Jahrzehntelange Verzögerungen bei Kraftwerksprojekten können wir uns nicht mehr leisten. Die 15 Wasserkraftprojekte, welche der Runde Tisch im vergangenen Dezember bezeichnet hat, müssen so rasch wie möglich realisiert werden. Dafür braucht es eine Beschleunigungsvorlage, welche die Einspruchsmöglichkeiten gegen diese Projekte einschränkt und die Verfahren strafft. Mit etwas politischem Willen könnte das Volk bereits Ende 2023 in einem allfälligen Referendum darüber abstimmen.

AHV in die Balance bringen

Zum Schluss komme ich noch zu einem anderen Thema, bei dem auch eine gesunde Balance geschaffen werden muss. Es geht um die AHV. Wie Sie wissen, stimmt die Schweizer Bevölkerung am 25. September 2022 über die Vorlage AHV21 ab. Der Vorstand von Swissmem hat dafür einstimmig die JA-Parole gefasst.

In den nächsten zehn Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge pensioniert. Damit verliert der Arbeitsmarkt mehr Arbeitskräfte als nachrücken. Das belastet die AHV noch stärker als bisher. Ohne Reform dürfte das Umlageergebnis ab 2025 ins Negative kippen. Danach müssten die jährlichen Defizite aus dem AHV-Fonds gedeckt werden. Bis 2032 summieren sich diese auf 28 Milliarden. Das ist nicht nachhaltig. Die AHV muss dringend reformiert werden, damit auch die nächste Generation von der von ihr finanzierten Altersvorsorge profitieren kann. Die AHV21 ist für mich ein Schritt in die richtige Richtung. Ich begrüsse auch, dass im Zuge der Reform der Zeitpunkt des Altersrücktritts flexibilisiert würde. Dies schafft Anreize, länger zu arbeiten. Damit kann der notorischen Fachkräftemangel in der Industrie gemildert werden. Damit stärken wir den Produktionsstandort Schweiz.

Diese Reform bringt die AHV über die Generationengrenze hinweg wieder in die Balance. Um dies zu versinnbildlichen, helfen heute über 200 Lernende aus Swissmem Mitgliedfirmen die grösste «Gigampfi» der Welt zu bauen. Sie entsteht buchstäblich vor Ihren Augen auf dem Turbinenplatz. Die Stahlkonstruktion misst fast 29 Meter und ist damit drei Meter länger als der bisherige Weltrekord in den USA. Sie können die Weltrekord-Gigampfi nach der Medienkonferenz draussen bestaunen.

Geschätzte Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen in der Schweiz die richtige Balance finden. Das gilt für die Energieversorgung. Sie muss langfristig zwischen den Dimensionen Versorgungssicherheit, nachhaltige Energieerzeugung und wettbewerbsfähige Preise ausbalanciert werden. Dafür braucht es eine Adjustierung der Energiestrategie. Und es gilt für die AHV, bei der die Lasten zwischen den Generationen ins Gleichgewicht gebracht werden müssen. Dafür braucht es ein JA für die AHV21.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Weitere Auskünfte erteilt:

Swissmem Kommunikation
Pfungstweidstrasse 102, CH-8037 Zürich
Tel. 044 384 41 11 / E-Mail: presse@swissmem.ch